

folg eingerichtet worden. In unserem Flächenstaat bietet es sich an, derartige Stellen in den Rathäusern zu installieren. Mindestens die großen kreisfreien Städte beschäftigen genügend Juristen, die für eine solche Aufgabe in Frage kämen.

Selbstverständlich kann eine solche kostenlose Beratung durch kommunale Auskunftstellen die Tätigkeit von Anwälten nicht ersetzen. Sie könnte aber eine wirksame „erste Hilfe“ in Rechts-sachen bieten, bei der den Bürgern Auskunft darüber gegeben wird, ob sie überhaupt rechtliche Ansprüche in ihrer Angelegenheit haben, und welchen Weg sie einschlagen müssen, um diese durchzusetzen.

Unabhängig davon wäre aber wahrscheinlich schon vielen Bürgern geholfen, wenn es wenigstens in allen Rathäusern Auskunftsstellen gäbe, in denen die Bürger – auch telefonisch – darüber informiert würden, welche Verwaltungsstelle wofür zuständig ist und welche Unterlagen sie mitbringen müssen.

F.D.P.: Rechtsschutz auch und gerade für sozial Schwache

Für die F.D.P.-Fraktion erklärt der Abgeordnete Dr. Fritz Vogt:

Die nach geltender Rechtslage bestehende Hilfe für die Rechtsverfolgung und -verteidigung vor Gericht ist für sozial schwächere Bevölkerungsschichten oft nicht ausreichend, weil die erfolgreiche Wahrnehmung eigener Rechte und die Abwehr ungerechtfertigter Ansprüche meist wesentlich davon abhängen, daß zu einem möglichst frühen Zeitpunkt rechtskundiger Rat eingeholt werden kann. Wenn finanzielle Schwierigkeiten dies verhindern, ist das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz beeinträchtigt.

Fragen des Rechtsschutzes für sozial Schwache waren Gegenstand eingehender Erörterungen der 50. Konferenz der F.D.P.-Fraktionsvorsitzenden aus Bund und Ländern. Die Konferenz sprach sich für einen besseren und leicht zugänglichen Rechtsschutz für den sozial schwächeren Bevölkerungsteil aus. Von diesem Rechtsschutz darf in einem Rechtsstaat niemand ausgeschlossen werden, nur weil für ihn die Zahlung von Gebühren nicht tragbar ist.

Zur Herstellung der Chancengleichheit zeichnen sich zwei Verfahren ab: In Hamburg wurden für die Rechtsberatung außerhalb eines gerichtlich anhängigen Verfahrens öffentliche Rechtsberatungsstellen eingerichtet. Vorschläge des Deutschen Anwaltsvereins zielen darauf ab, an das bereits bestehende System der Verfahrenshilfe für Minderbemittelte im Prozeß anzuknüpfen und ein außergerichtliches Armenrecht dem gerichtlichen Armenrecht vorzuschalten.

Die F.D.P. neigt dazu, die Anwaltschaft über die bereits bestehenden anwaltlichen Beratungsstellen hinaus verstärkt zur kostenlosen Rechtsberatung heranzuziehen. Dabei muß darauf geachtet werden, daß die Einheitlichkeit der Rechtsberatung gewahrt wird. Gegen staatliche oder kommunale Rechtsberatungsstellen spricht insbesondere, daß sie grundsätzlich die Haftung für falschen Rechtsrat ausschließen und in der Regel in ländlichen Gebieten kaum denkbar sind.

Porträt der Woche

Rudi Bahr, SPD-Abgeordneter im Düsseldorfer Landtag, erzählt nicht gern über sich und kann doch vieles erzählen: Über sein Leben, eine Mischung aus Glück und Pech, nicht ungewöhnlich für eine Generation, die „Drittes Reich“, Kriegs- und Nachkriegswirren überstehen mußte; über seinen politischen Werdegang, geprägt von Ehrlichkeit, ohne Rücksicht auf persönliche Vorteile, was schon außergewöhnlicher ist.

Nach Schule, Ausbildung zum Industriekaufmann, Krieg und durch glückliche Zufälle abgekürzter US-Gefangenschaft verdingte Bahr sich bei einem hessischen Bauern als Landhelfer, ehe er im April 1946 nach Duisburg zog, wo Frau und das älteste von inzwischen drei Kindern schon auf ihn warteten. In seinem eigentlichen Beruf war der 26jährige gebürtige Stettliner nicht gefragt. Er wurde Gleiswerker bei der Bahn, hatte keinen Ehrgeiz zum Obergleiswerker und bewarb sich bald bei der Stadtverwaltung. Zuerst im Entnazifizierungsamt eingesetzt – „da kam mir manches nicht geheuer vor; da herrschte kein Höchstmaß an Gerechtigkeit“ – wechselte er 1947 ins Duisburger Schulamt über, „wo ich heute noch sitze“, jetzt als stellvertretender Leiter.

Daß er sich politisch engagieren müsse, war ihm schon Ende 1944 deutlich geworden. Er hatte miterlebt, „wie SS-Soldaten und -Offiziere Juden behandelt haben“. Aber erst 1957, zwölf Jahre nach Kriegsende, trat er in die SPD ein. Warum so spät? Er habe in der Stadtverwaltung sehr schnell gemerkt, daß das Parteibuch bei Beförderungen eine „bestimmte Rolle“ spiele, wollte aber sein Ziel „aus eigener Kraft und ohne Schubkarre“ erreichen, antwortete Bahr. Als es soweit war, kam für ihn nur die SPD in Frage. Denn der Vater, von den Russen verschleppt und in der Sowjetunion gestorben, war engagierter Gewerkschafter. „Wir sind mit sozialdemokratischem Gedankengut groß geworden.“

Nach der Parteilarbeit „von der Pike an“ bis zum Chef des Ortsvereins und stellvertretenden Vorsitzenden des Bezirksvereins kam Bahr 1966 in den Landtag. Er wurde Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses und, was ihn besonders freute, des Kulturausschusses. Dort konnte er auch politisch eng mit dem Mann zusammenarbeiten, der zehn Jahre



Rudi Bahr (SPD)

Duisburger Schuldezernent und somit sein Chef war: Ex-Kultusminister Professor Fritz Holthoff. „Von ihm habe ich eine Menge Rüstzeug bekommen, beruflich wie politisch.“

Bahrs politisches Streben: „Die Chancengleichheit im Bildungswesen verbessern, da gibt's immer noch Schwierigkeiten.“ Daß er, beratendes Mitglied im Bundesvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, nicht zu jenen Schwärmern gerechnet werden darf, die Reformgegnern immer wieder Munition liefern, macht er schnell deutlich: „Die SPD hat selbst gelegentlich nicht das rechte Maß gefunden; da war manchmal zuviel Euphorie, ohne zu fragen, ob theoretisch Erdachtetes auch praktisch durchsetzbar ist.“

Bahr weiß, daß die Kulturpolitik unter „Ermüdungserscheinungen“ zu leiden hat, daß im Parlament quer durch alle Fraktionen, aber auch außerhalb des Parlaments, angesichts der Vielzahl von Reformvorhaben Verdruß geäußert wird. Jene Kollegen, die etwa hämisch über Kulturpolitik herziehen, mahnt er knapp: „Bitte keine Polemik.“ Die Schule leiste einen wichtigen gesellschaftspolitischen, ja gesellschaftsverändernden Beitrag. Da könne man nicht einfach hergehen und vorrechnen, was ein Kumpel verdiene und was eine Lehrerin. Bildungsreformen seien nun einmal teuer und brächten immer wieder neue Probleme mit sich, gibt er zurück, und versucht gar keine Entschuldigung bei den politischen Widersachern. In seiner „Publikumsbeschimpfung“ nimmt er sich auch die Eltern vor: „Die bringen meistens nicht das wünschenswerte Interesse an der Schule auf.“ Bahr will seiner Maxime treu bleiben: „Lange planen, und hat man es als richtig erkannt, dann klotzen.“

Christoph Lütgert